

Warum „Klimaschutz“ nichts bringt*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 2. August 2021

Wolfgang Kaufmann (Red. PAZ)*

Flutkatastrophe: Statt großenwahnsinnig „Erderwärmung“ verhindern zu wollen, sollte die Politik die beschränkten Ressourcen lieber dazu nutzen, das Land auf Unwetter besser vorzubereiten. Das Klima ist nicht signifikant menschenunfreundlicher geworden. Das Klima lässt sich nicht wesentlich vom Menschen beeinflussen.

=====

Dass die diesjährige Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz derart folgenschwer und opferreich ausfiel, lag nicht in erster Linie am Wetter oder am Klima, sondern – wie auch schon oft in der Vergangenheit – am menschlichen Machbarkeitswahn. So haben sich zunehmend mehr Menschen in Gebieten angesiedelt, die aufgrund von geographischen Besonderheiten sichtlich überflutungsgefährdet sind.

Das zeigt das Beispiel des Ahrtales. Dessen steile Hänge bestehen aus Schiefergestein, das fast komplett wasserundurchlässig ist. Deshalb gab es hier schon am 30. Mai 1601 und am 21. Juli 1804 sowie am 12./13. Juni 1910 verheerende Flutereignisse mit unzähligen Toten. Dennoch wuchsen die Ortschaften im Tal kontinuierlich weiter.
Menschlicher Machbarkeitswahn

Der Machbarkeitswahn zeigt sich auch darin, dass statt großzügig in die Katastrophenvorsorge und unmittelbar wirksame bauliche Maßnahmen gegen Hochwasser zu investieren, die knappen Ressourcen immer stärker für den „Klimaschutz“ eingesetzt wurden. Sollte es den Klimawandel tatsächlich geben, wäre der Mensch besser beraten, sich darauf zu konzentrieren, dessen Folgen abzumildern, anstatt Unsummen für den großenwahnsinnigen Versuch zu verschwenden, die Temperatur der Erdatmosphäre nach unten zu korrigieren. Denn deren Steigen oder Sinken resultiert aus vielen nicht zu beeinflussenden Faktoren wie beispielsweise der Sonnenaktivität und keineswegs nur aus der menschlichen Kohlendioxidproduktion.

Aber genau die soll nun die „Erderwärmung“ und damit auch die diesjährige Flutkatastrophe verursacht haben. Und deswegen müsse man den Kampf gegen den Klimawandel intensivieren und den Kohlendioxidausstoß noch drastischer reduzieren, so die nahezu einhellige Botschaft der Politik und der staatsnahen Medien. Das entsprechende Narrativ lautet folgendermaßen: Mehr Wärme führe dazu, dass mehr Wasser verdunste und in die Atmosphäre gelange. Dieses Wasser komme dann wieder herunter. Parallel erwärme sich die Arktis und deswegen schwinde die Temperaturdifferenz zwischen Nordpol und Äquator. Das habe eine

Abschwächung des Jetstreams zur Folge, also der Höhenströmung, welche die Hoch- und Tiefdruckgebiete normalerweise recht zügig von West nach Ost verschiebe. Daher könne dann mehr Regen an ein und derselben Stelle fallen.

Deutscher Wetterdienst

Doch so einfach, wie dies klingt, ist es nicht. Deshalb konstatierte der Diplom-Meteorologe Andreas Friedrich vom Deutschen Wetterdienst schon kurz nach der Katastrophe: **„Ein solches regionales Unwetter ist ein Einzelereignis, das ist Wetter. Die Behauptung, der Klimawandel ist schuld, ist so nicht haltbar.“** Und tatsächlich gibt es einige gewichtige Argumente dafür, dass das, was nun in den beiden Bindestrichstaaten passierte, eine der ewigen Launen der Natur darstellte und durch keine noch so ambitionierte Klimaschutzmaßnahme zu verhindern gewesen wäre. Zum Ersten sind stationäre Tiefdruckgebiete über Mitteleuropa ein uraltes Phänomen, das seine Ursache in den Temperaturdifferenzen zwischen dem kühlen Meer und der wärmeren Festlandfläche hat. Stärke und Richtung des Jetstreams spielen hierbei nur eine sehr untergeordnete Rolle.

European Geosciences Union

Zum Zweiten zeigen die Statistiken keine sichtbare Zunahme von Hochwassern entlang der mitteleuropäischen Flüsse seit dem Jahre 1500. Und die schlimmsten Überflutungen fanden hierzulande bereits in vorindustrieller Zeit statt, nämlich 1342 und 1501. Dazu passt das Resümee von Wissenschaftlern der European Geosciences Union nach einer Untersuchung sämtlicher Flutereignisse ab 1970: Es gibt **„keine nachweisbaren Anzeichen eines vom Menschen verursachten Klimawandels bei ... Hochwasserschäden in Europa.“** University of New South Wales

Zum Dritten vermeldete der Deutsche Wetterdienst angesichts der aktuellen Flutkatastrophe im Widerspruch zu den Aussagen der öffentlich-rechtlichen Medien und Politiker: **„Seit 1951 hat sich die Anzahl der Tage pro Jahr mit Starkniederschlag von mehr als 30 mm in Deutschland geringfügig und nicht signifikant erhöht.“** Der Leiter der Abteilung Klimaüberwachung beim DWD, Florian Impery, ergänzte: „Wir sehen in den Beobachtungsdaten für Mitteleuropa für den Herbst, Winter und das Frühjahr ... eine Zunahme der Starkniederschlagsereignisse, für die Sommermonate aber nicht unbedingt. Da ist die Variabilität von Jahr zu Jahr bedeutend stärker als etwas, das man Trend oder Tendenz nennen kann. Wir tun uns deshalb schwer zu sagen, dass wir heute schon einen klaren Zusammenhang mit dem Klimawandel sehen.“ Das wird durch die im Mai 2021 veröffentlichte Analyse des Umweltbundesamtes bezüglich der Veränderungen der Niederschlagshöhen zwischen 1881 und 2020 bestätigt: Es gebe zwar einen „leichten Anstieg ... in der Zeitreihe der jährlichen Niederschläge in Deutschland“, jedoch nicht in den warmen Sommermonaten. Ganz im Gegenteil: Während die Winterniederschläge etwas zugenommen hätten, seien „die Niederschläge im Sommer geringfügig zurückgegangen“.

UN-Weltklimarat

Und die Prognosen für die Zukunft fallen sehr viel besser aus, als es die Klima-Apokalyptiker, die ständig auf „wissenschaftliche Erkenntnisse“ verweisen, glauben machen wollen. So veröffentlichte ein Forscherteam um Maurice F. Huguenin von der australischen University of New South Wales im April vergangenen Jahres einen Artikel in der Fachzeitschrift „Geophysical Research Letters“ mit dem Titel *„Fehlende Veränderungen bei der projizierten Frequenz und Persistenz atmosphärischer Zirkulationstypen über Mitteleuropa“*, in dem es hieß, dass die Klimamodelle „wärmere und trockenere zukünftige Sommerbedingungen in Mitteleuropa ... prognostizieren“. Noch deutlicher wurde der UN-Weltklimarat (**IPCC**), dessen Berichte als „Goldstandard“ der Klimaforschung gelten und der eigentlich zu den Vorreitern des Klima-Alarmismus zählt, im Jahre 2019 in seiner Studie „Der Einfluss von 1,5 Grad globaler Erwärmung auf natürliche und menschliche Systeme“: Wenn die Temperatur derart steige, **werde es in Zukunft weniger Hochwasser in Westdeutschland geben.**

Bausünden – Was wirklich etwas bringen würde :

Weniger Flächen versiegeln. Flüsse weniger umleiten. Weniger Mais anbauen. Mehr Rückhaltemöglichkeiten bereithalten.

Der menschliche Machbarkeitswahn, der sich unter anderem darin äußert, Regionen zu besiedeln, in denen es regelmäßig Naturkatastrophen gibt, ist auch eine Folge dessen, dass die früheren Schadensereignisse verdrängt werden, sobald sie nur lange genug zurückliegen. Und wenn man sich doch erinnert, dann obsiegt der Glaube an die heute sehr viel größeren technischen Möglichkeiten zur Vorsorge. Doch statt von diesen tatsächlich Gebrauch zu machen, wird lieber Geld in den „Klimaschutz“ investiert.

Dazu kommen Bausünden, wie beispielsweise die zunehmende Versiegelung von Bodenflächen, sodass kein Wasser mehr versickern kann. Jeden Tag verschwindet in der Bundesrepublik Deutschland eine Fläche von 100 Hektar unter Asphalt oder Beton.

Zudem wurden lange Zeit viele der kleineren Flüsse kanalisiert und dabei in unnatürliche Richtungen gelenkt. Das erhöht die Gefahr, dass sie bei starker Wasserführung in ihr altes Bett zurückkehren. So wie die Weißeritz, die im August 2002 statt in einem aufgezwungenen Links-Knick zu fließen, den früheren geraden Weg wählte, der nun schnurstracks durch den Hauptbahnhof und das historische Stadtzentrum von Dresden führte. Der Drang, Wasserläufe nach Gutdünken umzuleiten, ist seit der industriellen Revolution und dem schnellen Wachstum der Städte besonders ausgeprägt. Dabei wurde und wird kaum einmal wirklich komplex gedacht. Deshalb finden sich in den Mittelgebirgsregionen, in denen die

Hochwasser letztlich meist entstehen, viel zu wenige Rückhaltemöglichkeiten. Oder die Staubecken liegen an der falschen Stelle, sprich nicht oberhalb, sondern unterhalb der zu schützenden Ortschaften. So geschehen beispielsweise im Falle von Remagen-Unkelbach, was die Fraktion der Freien Wähler im Kreistag Ahrweiler schon vor Jahren kritisierte.

Neben solchen Fehlern zeitigt der aus Sicht des Katastrophenschutzes grundsätzlich kontraproduktive **„Kampf gegen den Klimawandel“ fatale Folgen**. Vielfach resultiert die Bodenversiegelung im Bereich von Wald- und Wiesenflächen aus dem Bau unzähliger Windkraftanlagen. Jede einzelne davon braucht ein massives Betonfundament von bis zu 20 Metern Durchmesser.

Ähnlich schädlich ist der großflächige Anbau von Mais zum Zwecke der Erzeugung von Biokraftstoffen oder Biogas. Die Mais-Plantagen haben überall Getreidefelder und Wiesen verdrängt, die ungleich größere Regenmengen aufnehmen können. Ansonsten sind aber auch Landwirtschaftsbetriebe, die keinen Mais produzieren, Bremser in puncto Hochwasserschutz. Sie verhindern die Wiederherstellung der ursprünglichen Flusslandschaften, weil sie das dafür benötigte Land nicht freigeben und stattdessen auf den Erhalt von Deichen und ähnlichem pochen. Dadurch fehlen Überschwemmungsflächen, was flussabwärts zu höheren Wasserständen führt.

All diese Probleme sind bekannt – und auch relativ einfach lösbar. Aber die Politik kapriziert sich lieber weiter auf das utopische Stoppen der „Erderwärmung“. W.K.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 30. Juli 2021, S.2; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Wolfgang Kaufmann** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====

Weniger Todesfälle und Schäden*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 2. August 2021

Martin Schlumpf (Red. WELTWOCHE)*

Meldungen über die schadenreichen Überschwemmungsfolgen machen betreten, vielerorts ist jetzt Hilfe nötig. Derweil darf aber die Einordnung der Ereignisse nicht dem rot-grünen Lager überlassen bleiben, das für die heftigen Regenfälle sofort den Klimawandel als Ursache sieht und das für Propaganda nutzt. Wetter ist nicht Klima. Wetterereignisse sind chaotisch in ihrer Stärke und ihrem Auftreten, Klima aber ist vom Weltklimarat definiert als «Durchschnittswetter über dreissig Jahre», also Zusammenfassungen von Wetterdaten über Jahrzehnte.

Auf die Gegenwart bezogen, sind drei Fragen zu beantworten:

- () Häufen sich die Unwetter ?
- () Gibt es mehr Todesopfer ?
- () Nehmen die materiellen Schäden zu ?

Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat diese Fragen mehrmals öffentlich bejaht.

Um gut die Hälfte abgenommen

Statistische Antworten findet man in Publikationen der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL). Den ersten beiden Fragen gilt eine Studie von 2017: «Todesfälle durch Naturgefahrenprozesse in der Schweiz von 1946 bis 2015». Unter Naturgefahrenprozessen verstehen die Forscher Hochwasser, Rutschungen, Murgänge, Felsstürze, Windstürme, Blitzschläge, Lawinen und weitere Prozesse – ausser Hitzewellen alles, was durch die Klimaerwärmung beeinflusst werden könnte. Die siebzigjährige Beobachtungsperiode, die mit den ersten aufgezeichneten Daten beginnt, ermöglicht klimabezogen relevante Aussagen.

Für den gesamten Zeitraum wird ein Total von 1023 Todesfällen ausgewiesen, im Durchschnitt also 15 pro Jahr. Das entspricht 0,025 Prozent aller Todesfälle in der Schweiz oder zwei bis drei Tote pro Million Einwohner. Das Risiko, bei einem Autounfall zu sterben, beträgt das Sechzigfache.

Ist über die Zeit hinweg ein steigender Trend erkennbar? Im Gegenteil. Die Forscher teilten den Betrachtungszeitraum in zwei Hälften: In der ersten gab es 747, in der zweiten 276 Todesfälle. Das wörtliche Fazit der Studie: **«Die Verteilung der Todesfälle von 1946 bis 2015 zeigt einen statistisch signifikanten Rückgang über die Zeit.»** Auch die folgenden Schadensberichte bis 2019 ändern nichts an diesem Trend. Und aus den Tabellen der Studie lässt sich herauslesen, dass **auch die Zahl der Naturkatastrophen um gut die Hälfte abgenommen hat.**

Sommaruga sieht es anders

Aber **steigen – angesichts des gestiegenen Wohlstands – eventuell die materiellen Schäden?** Die **Antwort** auf diese dritte Frage gibt eine «Unwetterschadens-Datenbank», ebenfalls aus dem WSL, in der seit 1972 die jährlichen Schäden aus Hochwasser, Murgängen, Rutschungen und Sturzprozessen gesammelt werden. Eine Studie, die für den Zeitraum von 1972 bis 2019 vergleichbar gemachte Kosten ausweist, kommt zum Schluss, dass es zwar keinen wissenschaftlich signifikanten Trend gibt, dass aber **alle drei untersuchten Szenarien leicht absteigende Mittelwertgeraden zeigen.**

Damit sind alle drei oben gestellten Fragen beantwortet – ganz anders, als dies von Frau Sommaruga zu hören ist. Auf meine Anfrage an die Bundesrätin zu dieser Diskrepanz kam zuerst die Kritik, mein Betrachtungshorizont sei zu kurz für meine Folgerungen. Wenn dem aber so wäre – dann gälte das genauso auch für ihre Behauptungen, in den jüngsten Wettervorfällen liege ein Trend zur Verschlimmerung. Meine Zusammenfassung der Studien mit den Worten: «Die Anzahl der Ereignisse und der Todesopfer von Naturgefahrenprozessen ist in den letzten sieben Jahren zurückgegangen. Sogar die davon verursachten nominell gestiegenen Schäden entpuppen sich normalisiert als abnehmend», wies das **Bundesamt für Umwelt** wie folgt zurück: «Beide Aussagen sind falsch, weil sie einen Trend darstellen, der nicht aus der Todesfallstatistik und der Unwetterschadens-Datenbank abgelesen werden kann.»

Damit stellt sich das Amt aber gegen seine bundeseigenen Studienresultate. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Zunehmende negative Folgen sind in den Zahlen nicht erkennbar, aber **da ignorieren die Klimaaktivisten die Wissenschaft.**

=====

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion :*

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 29 (2021)| 22. Juli 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Martin Schlumpf** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

=====

Die Natur ist stärker als der Mensch*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 2. August 2021

Roger Köppel (Red. WELTWOCHEN)*

Über 160 Menschen sind gestorben, Hunderte werden noch vermisst. Die Bilanz der Unwetter in Deutschland ist verheerend. Der Schaden ist immens, das Versagen der politischen Elite kolossal. Jetzt steigen sie fotogen auf den Sandsäcken herum und orakeln über Klimaschutz. Man verbitte sich «vorschnelle Schuldzuweisungen», fordern die Politiker.

=====

Egal, was bei den Abklärungen herauskommt. Am Endresultat wird sich nichts ändern. **Die politische Führungselite der Bundesrepublik ist an der elementarsten Staatsaufgabe krachend, umfassend gescheitert:** die eigenen Bürger vor absehbaren Gefahren zu schützen. Es ist ja nicht so, dass die Fluten aus heiterem Himmel kamen. Die Behörden waren vor der Katastrophe gewarnt. Seit Tagen.

Was für ein Bild der politischen Unfähigkeit, der Impotenz: Eben noch hatten wir den allzuständigen Gesundheits- und Lebensretterstaat, der mikroskopischen Viren unerbittlich hinterherjagt, die Bürger einsperrt, Freiheitsrechte kassiert und alle Skeptiker und Abtrünnigen zu Gesetzlosen erklärt, die es mit voller polizeilicher Wucht in Schach zu halten gelte.

Wehe, irgendein «Corona-Leugner» wagte es während der letzten Monate, die behördlichen Gebote zu missachten. Die Wasserwerfer der Polizei waren in Lichtgeschwindigkeit zur Stelle, die Megafone und die Notfallkommandos. Nun aber, als man die Leute hätte warnen, instruieren, evakuieren sollen, scheinen die Einsatzwagen in den Garagen geblieben zu sein. Eine britische Hydrologin spricht von «monumentalem Systemversagen».

Und die deutschen Experten? Sie waren wohl zu sehr damit beschäftigt, das Klima in fünfzig bis hundert Jahren vorauszusagen, anstatt die Gegenwart zu sehen. Nachgerade zynisch sind die Klimaforscher, die noch während der Katastrophe, als Leute in ihren Häusern ertranken, die Regenfluten fast triumphierend als unumstößlichen Letztbeweis für ihre planetarischen Untergangsvisionen deuteten.

Nähern wir uns hier tatsächlich wieder vornezeitlichen Weltanschauungen? Auch damals glaubten Gelehrte und Mediziner, die «Signale der Natur» (Reto Knutti) lesen zu können, mit der Umwelt zu kommunizieren, als wäre diese eine Person, beseelt, eine Gottheit, die von den frevlerischen Menschen periodisch verärgert werde und deshalb

Rache übe, Vergeltung nehme durch Missernten und Katastrophen, es sei denn, man stimme die zornige Göttin durch Opfergaben gnädig.

Jetzt geht die Suche nach den Schuldigen los. Die Grünen fordern mehr Geld und mehr Verbote fürs Klima. Es erschallt der Ruf nach noch mehr Zentralismus. Typisch. Seit Jahrtausenden missbrauchen Politiker automatenhaft jedes Unglück, jeden Krieg, jede Krise, jeden Vorfall, jedes Vorkommnis, jede Prognose, um daraus die Forderung nach noch mehr Staat, das heisst: nach noch mehr Macht und Geld für die überblähte Politik, also für sich selber, abzuleiten.

Zentralismus aber ist Gift. Bereits heute machen die Staaten fast alles. Deshalb machen sie fast nichts richtig. Vor lauter Gleichstellung, Genderismus, Ausländerintegration, Sozialfürsorge, Sprechverboten, Bildungs-, Gesellschafts- und Klimapolitik sind sie nicht mehr in der Lage, jene Aufgaben zu erfüllen, für die sie eigentlich erfunden wurden: die Bürger zu schützen, dort, wo sie es alleine nicht können, bei Kriegen oder Katastrophen, wenn die Behörden dann tatsächlich gefordert wären.

Vielleicht liegt hier auch ein Grund, warum die Schweiz besser durch die Unwetter gekommen ist. Wir haben weniger Berufspolitiker als Deutschland. Föderalismus, Kantönligeist, lokale Eigenverantwortung, Milizsystem, geordnete Anarchie: Das Krisenmanagement scheint besser zu funktionieren, weil noch nicht ganz alles von unten nach oben delegiert, hochgeschoben wurde. Zwar zerren auch bei uns die Politiker mehr Macht an sich, aber der kulturell verankerte Widerstand ist grösser. Noch.

Und bitte keine Missverständnisse: Niemand ist gegen Umweltschutz und saubere Luft. Es ist eine Frechheit, dass man sich heute vor den Medien dauernd rechtfertigen muss, wenn man nicht automatisch einsteigt auf die rot-grüne Klimapolitik, die dem Klima wenig, den Politikern dafür umso mehr hilft. Die Grün-Roten haben dank ihren Komplizen, den Medien, den Umweltschutz gekapert, in Geiselnhaft genommen, um damit ihren Ökosozialismus voranzubringen. Fast niemand hinterfragt es. Das ist gefährlich.

Der Mensch ist nicht das Mass aller Dinge. Sosehr wir uns auch bemühen, den Thron des Schöpfers zu erklimmen, es wird nicht gelingen. Es gibt grössere Mächte auf dieser Welt. **Fahrt Elektro, dann gibt es keine Unwetter mehr.** Opfert euren Wohlstand und die Marktwirtschaft, damit die Sonne nicht mehr böse ist.

Die Idee, dass der Mensch das Wetter und das Weltklima bequem steuern kann wie bei sich zu Hause die Zimmertemperatur, übertrumpft sogar den Aberglauben der Naturvölker, die wenigstens über sich noch einen Gott geduldet haben.

Die Natur ist stärker als der Mensch. Wer das akzeptiert, hat schon viel erreicht. Dann nämlich geht es darum, das zu tun, was Menschen immer schon getan haben: Man passt sich an. Man ist demütig. Man ist

erfinderisch. Am anpassungs- und überlebensfähigsten sind freiheitliche, demokratische, offene, flexible Gesellschaften. Ihr Gegenteil ist der autoritäre, intolerante, auf Neid und Machtgier, also auf Sand gebaute rot-grüne Öko-Staat. Ihn zu verhindern, ist der grösste Gefallen, den wir uns und der Natur tun können. **R. K.**

=====
)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 29 (2021) | 22. Juli 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Roger Köppl** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/> ; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

Klimakungeleien werden Mode*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 2. August 2021
Beat Gygi (Red. WELTWOCHEN)*

Klimakungeleien werden Mode :

Wie Schweizer Versicherungsmanager mit Uno-Hilfe die Welt verbessern wollen.

=====
Venedig bietet ein gutes Klima für Kartelle. Kürzlich haben da am Rande des G-20-Steuerharmonisierungsgipfels grosse Versicherungsunternehmen eine Art Klub gegründet, um den CO2-Sündern den Tarif durchzugeben. Die acht Versicherer Axa, Allianz, Aviva, Generali, Munich Re, Scor, Swiss Re und Zurich schlossen sich im Rahmen eines Uno-Programms in der Vereinigung Net-Zero Insurance Alliance (NZIA) zusammen. Die Mitglieder verpflichten sich darin, ihre Versicherungsportefeuilles bis 2050 auf netto null CO2-Emissionen umzustellen.

Das heisst: Kunden wie Kohlekraftwerke oder allgemein Kohleverwerter, die zu lange noch Carbonspuren aufweisen, werden aus der Versicherung geworfen.

Mit diesen Sündern darf es keine Verträge mehr geben, keine Finanzierung, keine Rückversicherung, wie die acht Firmen nun abgemacht

haben. Mit dieser Einigung unter sich wollen die Versicherungsunternehmen einen Beitrag dafür leisten, die Risiken des Klimawandels zu reduzieren. Es ist eine Absprache, die an kartellartige Praktiken erinnert: **Eine namhafte Zahl von wichtigen Akteuren einer Branche schliesst sich zusammen, um bestimmte Kunden zu boykottieren.** Ein Marktsegment wird per Absprache aus Klimagründen kaltgestellt, **quasi als moralische Lektion.**

Verstärkt wird diese Kollektivierung der Geschäftspolitik dadurch, dass man diese im Rahmen eines Uno-Programms durchzieht. Die internationale Organisation ist quasi Schirmherrin, es ist also ein Zusammenspiel zwischen Privaten und zusätzlich einer internationalen Autorität. Für klimapolitische Massnahmen wird das wahrscheinlich immer mehr zum gängigen Rezept. In der Abmachung verweisen die Versicherer sogar auf das Pariser Abkommen: **Man wolle als Unternehmen dazu beitragen, Übereinstimmung mit den Pariser Zielen zu erzielen.** Damit ist eine Verbindung hergestellt zwischen privater Firma und internationalen Regelungen zwischen Staaten.

Das ergibt eine unübersichtliche Vermengung von Verantwortlichkeiten. Die Chefs des Swiss-Re- und des Zurich-Konzerns machen bei der Branchenabsprache mit, können sich aber im Bedarfsfall leicht hinter der Präsenz der Uno verstecken. Wettbewerbsbehörden können wohl auch wenig ausrichten.

Am ehesten wären es die Aktionäre von Swiss Re und Zurich, die sich der schleichenden Klimakollektivierung widersetzen könnten. Sie könnten sagen, es liege nicht in ihrem Interesse, dass ihr Unternehmen ein ganzes Geschäftsfeld ausser Acht lasse. Mit CO2-Sündern liessen sich ja wohl hohe Prämien verdienen – das machten dann halt die Konkurrenten, die sich nicht an der Absprache beteiligen.

Und wer weiss, vielleicht wird die Kohle als Energieform irgendwann wieder salonfähiger, dann wird man sich erneut um diese Kunden bemühen müssen.

=====

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 29 (2021)| 22. Juli 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Beat Gygi** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/> ; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

=====

Ehrlich dumm gelaufen*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 2. August 2021

Klaus J. Groth (Red. PAZ)*

Wie Glaubwürdigkeit in kleinen Portionen abhanden kommt, und warum schöne Bilder ihre Tücken haben. Die Toten waren noch nicht gezählt, die Wassermassen nicht abgeflossen, die horrenden Schäden nicht annähernd beziffert, da ergoss sich bereits die nächste Flutwelle über das erschütterte Land. **Die Bußprediger des Kohlendioxids** waren schneller als das Technische Hilfswerk. Sie beklagten bereits die Ursachen der Katastrophe, als die Betroffenen noch fassungslos vor der schlammigen Verwüstung standen.

=====

=

In Zeiten, in denen noch mehrheitlich an das Wirken einer höheren Instanz geglaubt wurde, galt eine verheerende Katastrophe als Geißel Gottes. Sie wurde abgelöst durch die Geißel des Klimawandels. Wer daran zweifelt, ist Leugner und Ketzler. Und was mit Ketzern zu geschehen hat: siehe Geißel Gottes.

Nur leider bedachten **die Bußprediger** in ihrem Übereifer nicht, dass Menschen, die vor den Trümmern ihres Lebens stehen, **das legendäre Klimaabkommen von Paris aus dem Jahr 2015 vollkommen gleichgültig ist**. Diese Menschen denken im harmlosesten Fall an ihr verdrecktes Sofa, an zwei ertrunkene Hühner oder im bittersten Fall an einen verschwundenen Mitmenschen. An Selbstbeschränkung und Umweltafgaben denken sie nicht. Einige der oberen Bußprediger haben das schnell begriffen und ihr lärmendes Fußvolk zurückgepfiffen: Bußpredigt bitte für später aufsparen. Sie kommt so sicher wie Kohlendioxid aus dem Auspuff.

Selbst *Annalena Baerbock* musste sich bescheiden. Zwar brach sie ihren Urlaub staatstragend ab – Verantwortungsträger machen das so –, aber ihre Gummistiefel kommen vorerst nicht zum Einsatz. Schade, hätte so schöne Bilder gegeben. Das weiß man spätestens seit 2002, als der Wahlkämpfer Gerhard Schröder die Gummistiefel anzog und medienwirksam durch das Hochwasser der Elbe stiefelte. Sein Konkurrent Edmund Stoiber gab ein paar Ratschläge, blieb aber fern der Fluten. Schröder gewann die schon verloren geglaubte Wahl zum Bundeskanzler. Ganz nebenbei: Das verheerende Hochwasser der Elbe musste noch vollkommen ohne Klimawandel auskommen.

Das Jahrhunderthochwasser der Elbe 1962 übrigens auch. Damals erwarb sich der Polizeisenator Helmut Schmidt den Ruf als zupackender Macher,

der ihn schließlich Bundeskanzler werden ließ. All dies weiß Annalena Baerbock auch, umso mehr dürfte sie den Verzicht auf die Gummistiefel bedauern.

Baerbocks Herzensfreund *Robert Habeck* versucht es erst gar nicht mit Gummistiefeln. Der ging in der Woche auf Wahlkampftour nach Nordfriesland. Die schönen Bilder dort mit Sandstrand, Salzwiesen und Leuchtturm in der Ferne sind einfach hammermäßig. Sich dessen bewusst, posierte Habeck auch auf dem Deich vor Husum. Den Blick kühn in die Ferne gerichtet wie weiland der Deichgraf, ganz in der Pose „Trutz Blanker Hans“, so steht er dort, wo gewöhnlich Schafe grasen. Nur leider, leider vergaß Deichgraf Habeck die Schuhe zu wechseln, bevor er kurz aus dem Wagen stieg und die Deichkrone für das Fotoshooting erklomm. Da steht er in blank polierten, braunen Herrenhalbschuhen Typ „Budapester“. Gewöhnliche Preisklasse: 250 Euro, gerne auch etwas mehr. Der klassische Schuh zur Wanderung auf dem Deich zwischen Schafscheiße ist das nicht.

In nämliche trat *Kanzlerkandidat Armin Laschet* vollfett. Und da steckt er nun mittendrin. Gemeinsam mit Bundespräsident Walter Steinmeier besuchte er den zu großen Teilen zerstörten Ort Erftstadt. Vor den Mikrofonen zeigte sich der Bundespräsident erschüttert, wenige Meter hinter ihm **schüttelte sich Laschet vor Lachen, das breite, herzliche Lachen einer rheinischen Frohnatur**. Es dauerte nur 20 Sekunden, aber diese Sekunden werden den Kanzlerkandidaten über Wochen verfolgen. Davon befreit ihn auch nicht seine rasche Entschuldigung. Da bekommt die Versicherung, das Schicksal der von der Flut betroffenen Menschen liege ihm am Herzen, einen ranzigen Beigeschmack. Oder braucht jetzt auch die CDU einen neuen Kanzlerkandidaten? Es ist schon erstaunlich, in welcher unterschiedlichen Formen parteiübergreifend die eigene Glaubwürdigkeit in Frage gestellt wird.

Der Hanseat, der Hanseatus hamburgensis insbesondere, gibt sich gerne bodenständig und weltoffen, der Tradition verpflichtet, sinnvollen Änderungen gegenüber aufgeschlossen. Sinnvoll? Dann dürfte er jetzt ein Problem haben mit dem jüngsten Beschluss seines Hamburger Verkehrsverbundes, kurz HVV. Für den gibt es künftig keine „Schwarzfahrer“ mehr. Nicht, dass jetzt alle Nutzer von Bus, U- oder S-Bahn lammfromm ihr Ticket kaufen. Die „Schwarzen Schafe“ sterben nicht aus, die Hammelherde wird sogar größer – nach allem was man weiß. Da aber bald das „Schwarze Schaf“ ebenso verschwindet wie der „Schwarzfahrer“, löst sich das Problem von alleine. Da dürfen sich die Schwarzfahnder wieder einen erfolgreich erbeuteten Skalp an den Gürtel hängen.

Doch Vorsicht: „Skalp“ ist ein vollkommen verbotenes Wort, das kürzlich sogar aus den Bildergeschichten von Donald Duck vom Verlagszensor getilgt wurde. Da gab es eine Szene, bei der Donald und seine Neffen durch einen Wald schleichen. „Wir sind auf dem Kriegspfad“, sagt Donald, „passt auf euren Skalp auf.“ In der bereinigten Neufassung wurde daraus: „... passt auf eure Füße auf.“

So ähnlich ist das wohl beim HVV. Dort ist ab sofort „Schwarzfahren“ das „Fahren ohne gültiges Ticket“. Ja, mein Gott, was denn sonst? Könnte es sein, dass die Damen und Herren Kontrolleure untereinander ohne jegliches sprachliche Feingefühl sagten, sie hätten wieder einmal einen Schwarzfahrer bei einer Schwarzfahrt erwischt? Skandal, Skandal! Beförderungserschleichung wäre doch das Mindestmaß an korrekter Bezeichnung gewesen. Nun also hängt der Skalp „Schwarzfahrer“ (Entschuldigung, eine unverbesserliche Wortwahl) neben dem Mohrenkopf, der nun Othello heißt, der Mohrenstraße in Berlin, die nun „Anton-Wilhelm-Amo-Straße“ heißt (jede Wette, dass kein Mensch feinsinnig den Namen dieses schwarzen Philosophen im Alltag nutzt?), neben diversen Mohren-Apotheken. Sie alle sind von einer sinnleeren Diskussion überzogen, die nun auch das kleinste Dort erreicht hat.

Kennen Sie Negernbötel? Nein? Macht nichts, wer dort nicht lebt, der muss es nicht kennen. Negernbötel liegt bei Schackendorf, das muss man auch nicht kennen. Schackendorf liegt bei Bad Segeberg. Das könnte man kennen, weil es dort, Corona-Zeit ausgenommen, jährlich die Karl-May-Festspiele gibt, bei denen leider auch so mancher Skalp erbeutet wird. Kleine Textänderung für Old Shatterhand: „... passt auf eure Füße auf!“ Aber erst einmal ist Negernbötel fällig. Die Grüne Jugend erkannte messerscharf den rassistischen Kern des Ortsnamens. Klar, der muss weg. Noch wehrt sich die Gemeindevertretung. Sie versucht es sogar mit Sprachforschung, erklärt, „Negern“ bedeute „Näher“ und „böteln“ Siedlung. Alles faule Ausflüchte. Inzwischen wurde die Polizei eingeschaltet. Und was sagt der Hamburger Hanseat, dem der „Schwarzfahrer“ abhandenkam?: Hummel, Hummel, Mors, Mors!

Aufgeschnappt (Zusatz/Ergänzung von Erik Lommatzsch, Red. PAZ*) :

Der Klimatologe **Stefan Rahmstorf** vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung verkündete 2019: „*Wir verlieren die Kontrolle über das Klimasystem.*“ Die Auffassung, dass wir das „Klimasystem“ unter „Kontrolle“ haben, dürfte vielen neu gewesen sein. Einige sehen es jedoch ebenso, etwa der Grünen-Bundestagsabgeordnete Konstantin von Notz. Zu den gegenwärtigen Unwetterkatastrophen mit über 150 Toten im Westen Deutschlands äußerte er via Twitter: „# CDU: Kein Tempolimit! / # FDP: Der Markt und synthetische Kraftstoffe regeln das/SPD: Can't touch this: Kohle + Nordstream2 / Die # Linke: Was'n jetzt mit Sahara? / # Grüne: Klimaschutz Prio Stufe 1“. Gemeint war offensichtlich: Die Grünen hätten das Ganze mit ihrer Politik verhindern können, andere Parteien hingegen sind ignorant und quasi mitschuldig. Erst die Intervention der größten deutschen Boulevardzeitung veranlasste den Politiker zur Löschung seines Textes, für den die Bezeichnung Geschmacklosigkeit noch sehr zurückhaltend wäre. E.L.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 23. Juli 2021, S.24 ; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie den Autoren **Klaus J. Groth und Erik Lommatzsch** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln :

<https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-Redaktion.

=====